

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

144. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Januar 2005, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Reduzierung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3768 (neu)	
b) Aktualisierung des Konversionsprogramms der Landesregierung vom 3. April 2001	
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdruck 15/5191	
c) Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Konversionsprogramm)	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/5333	
2. Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des 34. Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2005 bis 2008 (2009)	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3841	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3840	
4. Information/Kenntnisnahme	8
5. Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Reduzierung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3768 (neu)

(überwiesen am 11. November 2004 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss sieht von einem Votum zu dem CDU-Antrag gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss ab, der sich am Rande der kommenden Landtagstagung mit dem Antrag weiter beschäftigen will.

b) Aktualisierung des Konversionsprogramms der Landesregierung vom 3. April 2001

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Umdruck 15/5191

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Konversionsprogramm)

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 15/5333

VP Qualen wiederholt die haushaltsrechtlichen Bedenken des Landesrechnungshofs gegen die außerplanmäßige Ausgabe und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung, solange die Landesregierung den Nachweis der Unabweisbarkeit der Ausgaben schuldig bleibe. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seien Ausgaben nur dann unabweisbar, wenn zeitlicher Aufschub zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Staatsinteressen führen würde.

RL Balduhn weist darauf hin, dass das Land mit der beantragten außerplanmäßigen Ausgabe und Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 2 Millionen € die von den Standort-schließungen betroffenen Kommunen im Süden des Landes, also die Regionen, die durch andere Förderprogramme nicht erreicht werden könnten, dabei unterstützen wolle, schnellstmöglich Entwicklungsgutachten und Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben und Konversionsstrategien in Gang zu bringen.

Nach kurzer Diskussion erteilt der Finanzausschuss einstimmig die von der Landesregierung erbetene Zustimmung zu der außerplanmäßigen Ausgabe und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung, Umdruck 15/5333. Der Ausschuss stellt fest, dass für die Bereitstellung dieser Mittel ein unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis besteht, weil sonst eine schwerwiegende Beeinträchtigung für die wirtschaftlichen Interessen des Landes zu befürchten ist, die Freigabe in diesem Fall jedoch kein Präjudiz für die Zukunft darstellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des
34. Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen
Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2005 bis 2008 (2009)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3841

(überwiesen am 17. Dezember 2004 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Bundesbesol-
dungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3840

(überwiesen am 17. Dezember 2004 an den Finanzausschuss und den Innen-
und Rechtsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt folgende Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/5215 - Entwicklungsgemeinschaft INPOL-Polas Competence Center (IPCC)

Umdruck 15/5224 - Umstellung des Rechnungswesens auf SAP R/3

Umdrucke 15/5162 und 15/5254 - Rüstungs- und Standortkonversion

Umdruck 15/5227 - Sportboothäfen

Umdruck 15/5255 - Haushaltsführungserlass

Umdruck 15/5256 - Institut für Friedenswissenschaften und Museumsförderung

Umdruck 15/5303 - Betreuung von Schutzgebieten

Umdruck 15/5304 - Automation in der Steuerverwaltung

Umdruck 15/5305 - Gutachterkosten

Umdruck 15/5306 - Jugend- und Straffälligenhilfe

Umdruck 15/5307 - Instandhaltung technischer Anlagen UK Schleswig-Holstein

Bei Umdruck 15/5257 - Bewirtschaftung öffentlicher Liegenschaften durch die GMSH - legt der Finanzausschuss auf Vorschlag von VP Qualen Wert darauf, dass der Bericht fortgeschrieben und konkretisiert wird (Zielvereinbarungen).

Bei Umdruck 15/5258 - Öffentliches Statistikwesen mit dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein - stimmt der Ausschuss dem Antrag der Landesregierung zu, die Frist für die Vorlage des Berichts auf die erste Hälfte des Jahres 2005 zu verlängern.

Bei den Umdrucken 15/5308 und 15/5365 - Ostsee-Jugendstiftung - bekräftigt die Vorsitzende die Auffassung des Finanzausschusses, dem Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht für die Zuwendungen des Landes an die rechtlich unselbstständige Ostsee-Jugendstiftung einzuräumen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Einvernehmlich legt der Ausschuss als Reservetermin Donnerstag, den 10. Februar, 10 Uhr, fest.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 10:35 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer